

Erfahrungen mit der sozialen Stadt

Konflikte und Störungen als städtebauliche und
zivilgesellschaftliche Herausforderung



Referat beim 9. Deutschen Präventionstag
17./18. Mai 2004, Stuttgart

Gabriele Steffen

WEEBER+PARTNER
Institut für Stadtplanung und Sozialforschung
Stuttgart 2004

Erfahrungen mit der sozialen Stadt

Konflikte und Störungen als städtebauliche und
zivilgesellschaftliche Herausforderung

WEEBER+PARTNER
Institut für Stadtplanung und Sozialforschung
Mühlrain 9 70180 Stuttgart
Emser Straße 18 10719 Berlin
2004

Bearbeitet von
Gabriele Steffen

Erfahrungen mit der "Sozialen Stadt" – Konflikte und Störungen als städtebauliche und zivilgesellschaftliche Herausforderung¹

Gabriele Steffen

Wenn von Kriminalprävention die Rede ist, geht es dabei sehr oft um Erscheinungen, die gar nicht als Kriminalität im eigentlichen Sinne zu bezeichnen sind: um Konflikte und Störungen im Wohnumfeld und im öffentlichen Raum. Was bedeuten sie für die Menschen im Stadtteil? Wie geht man damit um? Was hat das mit Städtebau zu tun? Gibt es bestimmte Orte und bestimmte Stadtstrukturen, die hierfür besonders anfällig sind? Wer ist hier zuständig – gibt es auch zivilgesellschaftliche Formen, Konflikte und Störungen anzugehen?

Ich möchte in meinem Referat

- (1) genauer beleuchten, was das Problem ist,
- (2) die aktuell diskutierten Lösungsansätze ansprechen,
- (3) die Eigenschaften typischer Konfliktorte darstellen,
- (4) unterschiedliche Stadtstrukturen vergleichen unter dem Gesichtspunkt, wie förderlich sie für den Umgang mit Konflikten und Störungen sind,
- (5) drei Praxisbeispiele vorstellen und schließlich
- (6) mit Konsequenzen für die Praxis in Stadtplanung und Kommunalen Kriminalprävention schließen.

Grundlage sind

- ▶ Erfahrungen aus unserem privaten Institut für Stadtplanung und Sozialforschung, das in seiner Arbeit Forschung, Planung, Beratung und Beteiligung, Städtebau und Soziales mit allen zugehörigen Fachbereichen verbindet. In diesem Zusammenhang geht es vor allem um
- ▶ langjährige Erfahrungen in zahlreichen Kommunen im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt", das sich den bisher benachteiligten Stadtteilen zuwendet – unsere Tätigkeit reicht dabei von der Antragstellung für die Programmaufnahme über Vorbereitende Untersuchungen verbunden mit Bewohner- und Eigentümerbefragungen, Konzeption und Organisation der Bürgerbeteiligung, Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzepts, Unterstützung bürgergetragener Projekte bis hin zum Quartiermanagement,
- ▶ ein vor dem Abschluss stehendes Verbund-Forschungsprojekt EVALO ("Eröffnung von Anpassungsfähigkeit für lebendige Orte"), gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Forschungsprogramm "Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert", das unter unterschiedlichen Perspektiven die Eignung von Stadtstrukturen für verschiedene Alltagsbedürfnisse und gesellschaftliche Anforderungen untersucht – unser eigenes Thema dabei ist "Integration und Nutzungsvielfalt im Stadtquartier".

¹ Textfassung des Referats beim 9. Deutschen Präventionstag (17./18. Mai 2004, Stuttgart), ergänzt durch Auszüge aus der dort gezeigten Powerpoint-Präsentation

- ▶ Außerdem greife ich zurück auf Erfahrungen, die ich als Erste Bürgermeisterin acht Jahre lang an der Spitze einer Kommunalverwaltung gemacht habe – zuständig für Öffentliche Ordnung (also auch Ortpolizeibehörde), Standesamt, Kultur, Schule, Sport, Soziales und die ersten Jahre auch Veterinäramt mit Schlacht- und Viehhof, also die Bereiche, die besonders eng mit dem Lebensalltag zu tun haben; dabei werde ich vor allem das städtebauliche Konversionsprojekt in der Tübinger Südstadt ansprechen, das mir ein besonderes Anliegen war.

1 Das Problem

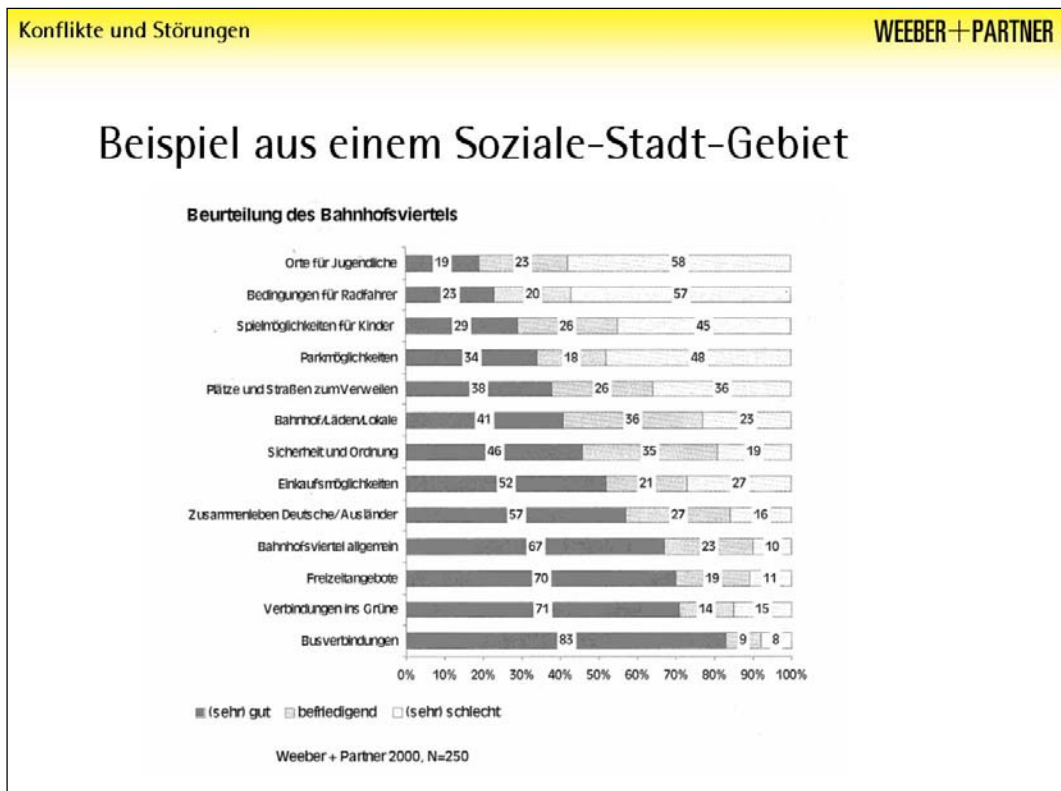
Zu Beginn möchte ich einige Bilder zeigen aus einem Stadtteil, der für das Programm "Soziale Stadt" angemeldet wurde:



In ganz vielen Stadtteilen treffen wir auf ähnliche Konflikte und Störungen im Zusammenleben und im öffentlichen Raum. Beklagt werden Müllablagerungen, Lärm, Beschädigungen, Verschmutzungen, Belästigungen, die Inbesitznahme mancher Orte durch bestimmte Gruppen, so dass andere sich dort kaum noch hintrauen. Bewohnerinnen und Bewohner sind beunruhigt über Regelverletzungen, durch die sie sich gestört oder teilweise in ihrem Stadtteil nicht mehr sicher fühlen. Besonders oft geht es um die Situation und das Verhalten der Jugendlichen. Einige Zitate aus Interviews mit Quartiersexperten aus unserem EVALO-Projekt (hier handelt es sich nicht einmal um Soziale Stadt-Stadtteile):

"Es stört, dass die Jugendlichen Krach machen, Müll rumschmeißen und saufen."
 "Für Jugendliche gibt es wenig Angebote, außer dem Jugendhaus, aber das hat auch einen Ruf. Jugendliche scheinen gar nicht erwünscht zu sein. Jugendliche gehen deshalb auch in andere Stadtteile, machen auch mal 'Unfug', und dann heißt es wieder 'die Jugendlichen vom F.'"
 "Es gibt nicht genug Platz für Jugendliche, die Folge sind Lärm, Konflikte."
 "Jugendliche spielen Fußball, ist laut, Ball knallt an Zaun hin."
 "Es gab Ärger mit nächtlicher Lärmbelästigung beim Alten Schützenhaus, wenn's morgens um drei immer noch rund geht, mit Sixpack auf dem Parkplatz weitergefeiert wird."
 "Es kommt zu Konflikten, wenn Jugendliche draußen rumhängen."
 "Es stören Jugendliche aus dem Jugendhaus, die sich danach am Treppenübergang aufhalten, Bier trinken und Flaschen wegwerfen (auch weil es lange keine öffentlichen Mülleimer gab)."
 "Bushaltestelle, Jugendliche 12-bis 15-Jährige, da werden erste Zigaretten geraucht. Kinder haben Angst, dort durch zu laufen".

Welchen Stellenwert diese Probleme einnehmen, zeigt ein typisches Ergebnis aus Vorbereitenden Untersuchungen, wie wir sie in vielen Programmgebieten der "Sozialen Stadt" durchführen². Durchweg sind die Bewohnerinnen und Bewohner der Meinung, dass es an Orten für Jugendliche fehlt:



Die Jugendlichen selbst klagen darüber, dass sie eigentlich nirgends willkommen sind: Wenn sie sich irgendwo im öffentlichen Raum mit ihrer Clique treffen, werden sie eigentlich überall vertrieben. Wenn es um Standorte für einen Jugendtreff geht, findet man immer wieder den verbreiteten Wunsch, dieser sollte möglichst weit weg von allem sein, vielleicht am Waldrand, wo man nichts davon sieht oder hört.

² hier: Hof; s. Stadt Hof (2002): Vorbereitende Untersuchungen Bahnhofsviertel Stadt Hof, Untersuchungsbericht. Büro für Städtebau Dr. H. Holl /WGF Werkgemeinschaft Freiraum/WEEBER + PARTNER, Gabriele Steffen u.a.

Damit ist die Frage angesprochen, wie man mit Konflikten und Störungen – oder allgemeiner: mit Differenz – umgeht. In meiner Arbeit habe ich immer wieder die Erfahrung gemacht, dass es in einzelnen Stadtteilen ganz unterschiedliche Bereitschaften gibt, sich auf Neues, auch Fremdes einzulassen – ob es um eine Unterkunft für jugendliche Wohnungslose oder für Asylbewerber ging oder auch nur eine neue Buslinie oder einen Kinderspielplatz: Die Reaktionen reichen von großer Offenheit bis zu organisiertem Widerstand nach dem Motto NIMBY – *"Not in my backyard"*. Hat das auch etwas mit unterschiedlichen städtebaulichen Verhältnissen und Stadtstrukturen zu tun? Darauf werde ich später zurückkommen. Zunächst zu den unterschiedlichen Ansätzen, mit diesen Problemen umzugehen.

2 Unterschiedliche Lösungsansätze

Zur Kriminalitätsprävention gibt es neben dem einfachen "mehr Polizei" verschiedene Ansätze. Es gibt *technische* Lösungen wie Bewegungsmelder, Videoüberwachung und mit allen denkbaren Sicherungsanlagen ausgestattete Häuser oder Wohnanlagen. Es gibt *private* Lösungen wie schwarze Sheriffs oder *security services* zur Überwachung oder die Privatisierung ehemals öffentlicher Räume z.B. in Malls und großen Einkaufszentren, um unerwünschte Nicht-Konsumenten – wie Bettler oder herumhängende Jugendliche – fernzuhalten. Vor allem im englischsprachigen Raum wurden *soziale* Ansätze entwickelt, die eine neue soziale Kontrolle installieren, *neighbourhood-watch-Programme*, die mit gezielter Beobachtung und Nachbarschaftspatrouillen, aber auch zivilen Formen des Eingreifens operieren. Vielerorts entstehen *gated communities*, zu denen nur Bewohner und ausgewiesene Besucher Zutritt haben. Unter der Überschrift "städtebauliche Kriminalprävention" werden auch einfache bauliche Lösungen gehandelt wie die Vermeidung von Ecken und Winkeln, die bessere Ausleuchtung – etwa von Unterführungen und Parkhäusern –, der Abbau von Bänken, auch Auslichtung von Gebüsch, um etwa für eine bessere Einsehbarkeit und soziale Kontrolle zu sorgen.

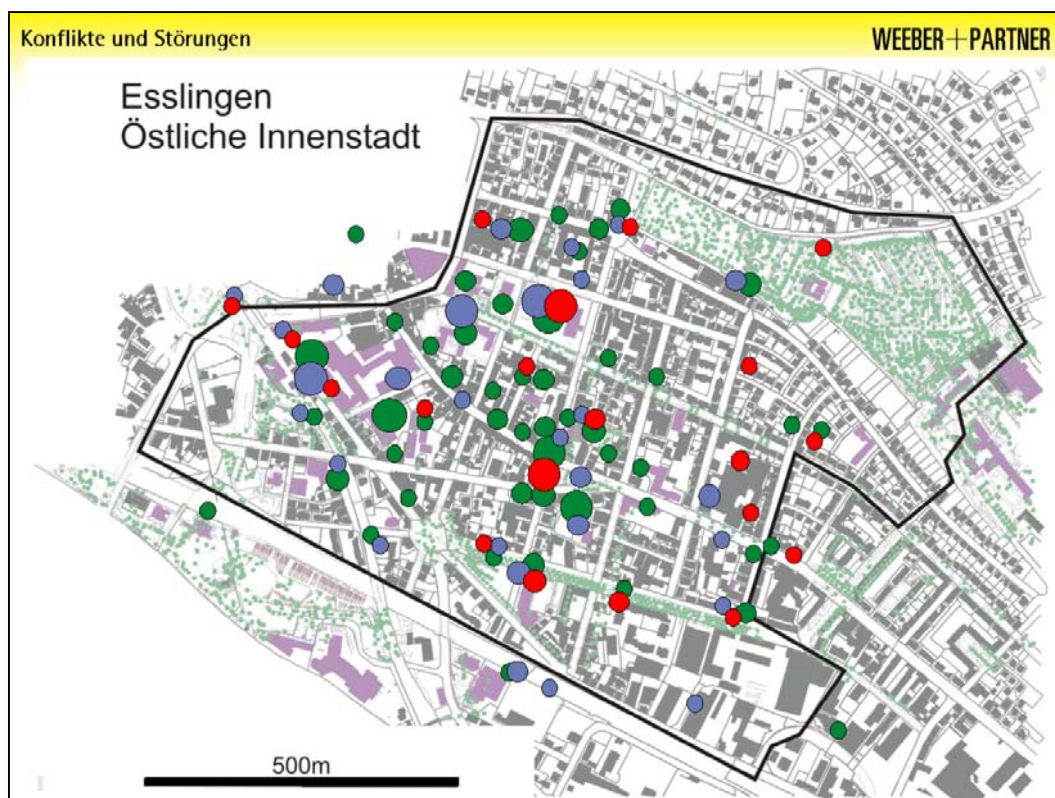
All diese Ansätze lösen Probleme auf bestimmte Weise. Sie haben jedoch auch Risiken und Nebenwirkungen – nicht selten werden damit erst neue Probleme geschaffen.

Schwarze Sheriffs oder *security services* als Ersatz für Polizei stellen das staatliche Gewaltmonopol auf bedenkliche Weise in Frage. *Neighbourhood-watch-Programme* installieren oft eine soziale Kontrolle, die mit städtischen Lebensformen nicht mehr viel zu tun hat – wenn jeder weiß, wer wann nach Hause kommt, schon wieder spät aufgestanden ist oder Männerbesuch bekommen hat. (Aus einem Stadtteil habe ich erfahren, dass die Bewohner dort angefangen haben, alle dort nicht Wohnenden zu fotografieren). Ähnlich sind *gated communities* gegen alles Fremde und Außenstehende abgeschottet und errichten in perfektionierter Form die Stadtmauern wieder, die man spätestens im 19. Jahrhundert als Akt der Befreiung abgerissen hat. Punks, Bettler, Berber sind nicht aus der Welt, wenn sie aus der schönen Welt der Einkaufszentren und –straßen oder bevorzugten Wohngebieten ferngehalten werden – sie treten dann eben anderswo in Erscheinung. Wenn Bänke beseitigt werden, auf denen auch "unerwünschte" Leute saßen und ihr Bier tranken, beklagen sich hinterher die älteren Menschen, dass es keine Sitzgelegenheiten mehr gibt, wird ein Vordach abmontiert, unter dem sich Gruppen von Jugendlichen getroffen haben, stehen nachher auch andere im Regen. Nischen, Winkel, Gebüsch und überhaupt eine Portion Wildwuchs braucht man unter anderen Gesichtspunkten, z.B. zum Versteckspielen, für das Aufwachen von Kindern – wenn es Spannendes und Interessantes für sie nicht nur im Fernsehen und Computerspielen, sondern auch im Stadtquartier geben soll. Und bei der Verbesserung von Einsehbarkeit ist die Frage, wer überhaupt da ist, um hinzusehen und ggf. einzugreifen.

Jedenfalls gibt es keine einfachen Lösungen. Vielleicht sollte man auch gar nicht in erster Linie fragen, wie man Konflikte und Störungen *vermeidet*, sondern danach, welche stadträumlichen und sozialen Verhältnisse besser als andere geeignet sind, um mit Konflikten und Störungen umzugehen. Wie hängen städtebauliche Strukturen und soziales Handeln zusammen, und woran liegt es, dass manche Stadtteile mit einem bestimmten Maß an Konflikten ganz gut fertigwerden? Wie sehen Stadträume aus, in denen ganz unterschiedliche Menschen (Junge und Alte, Einheimische und Zugewanderte, auch sogenannte "Randgruppen") mit einander zurechtkommen?

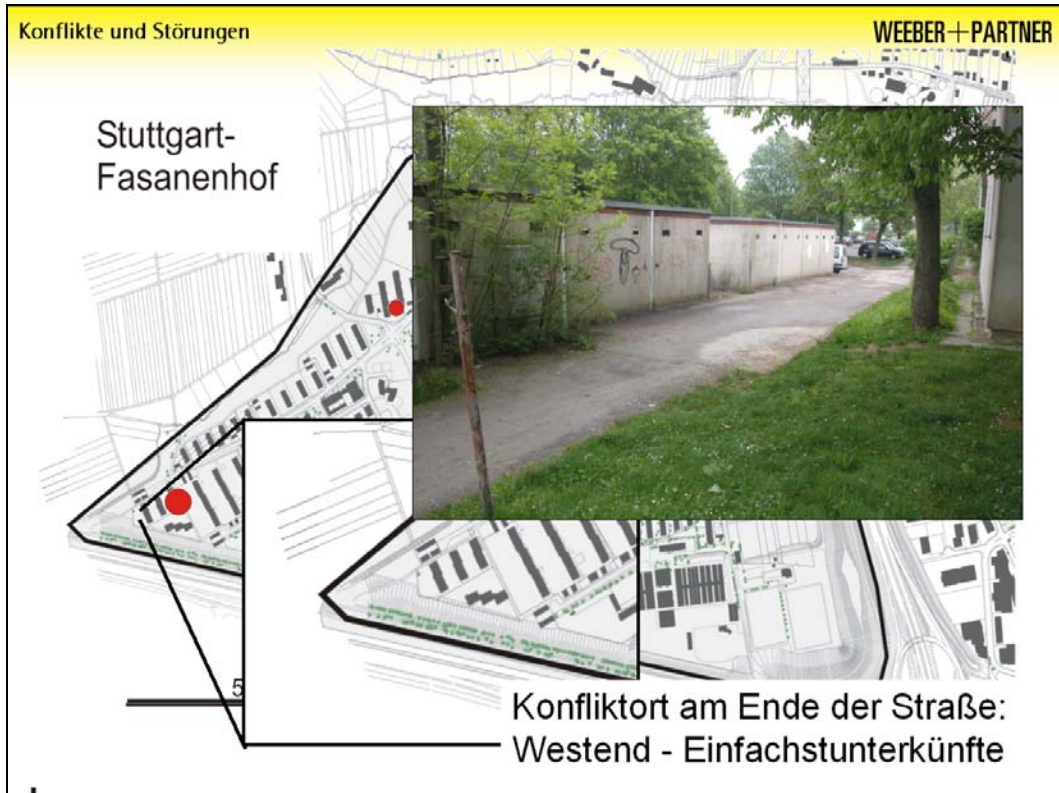
3 Kontakt- und Konfliktorte

In allen Stadtteilen gibt es Orte, an denen es öfter zu Konflikten kommt. In unserem EVALO-Projekt haben wir Quartiersexperten (aus Schulen, Jugendarbeit, Einzelhandel, Polizei u.a.) in fünf unterschiedlich strukturierten Stadtteilen nach Orten in ihrem Stadtteil gefragt, an denen es Konflikte gibt, und nach Orten, die für Kontakte wichtig sind. Die Orte, an denen sich *bestimmte* Gruppen treffen (blau), stimmen sehr oft mit Konfliktorten (rot) überein, d.h. es wird als Konflikt empfunden, wenn ein Ort von einer einzelnen Gruppe in Besitz genommen wird: Es gibt aber auch Orte, die wichtig sind für Kontakte zwischen ganz unterschiedlichen Menschen (grün): Selbst wenn es hier auch manchmal zu Konflikten kommt, überwiegt die Kontaktfunktion, die Orte werden also nicht gemieden.



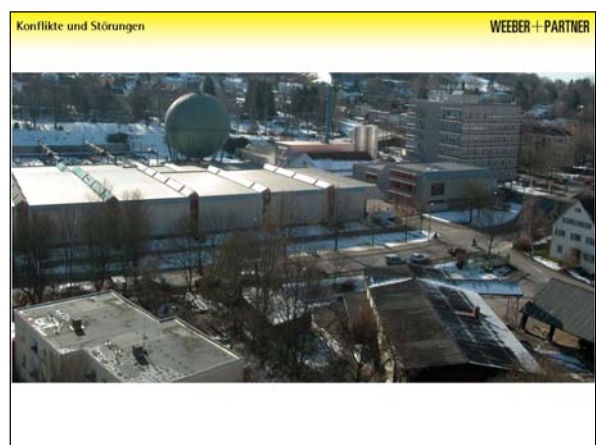
Konflikt- und Kontaktorte haben ganz typische Eigenschaften. Zunächst zu den Konfliktorten:

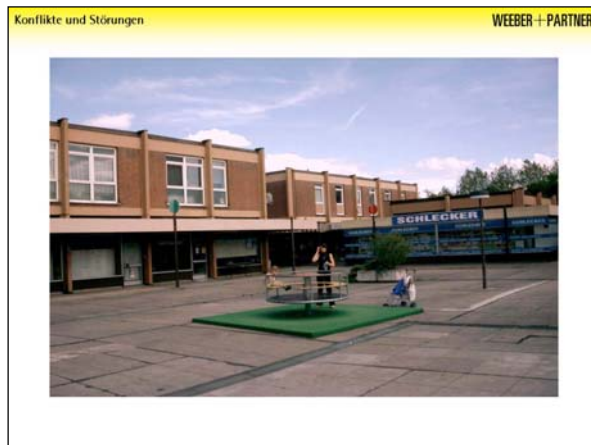
Sie liegen häufig in einer Sackgasse, in Insellage oder sonstwie abgelegen, so dass kaum jemand dort vorbeikommt.



Die umgebenden Nutzungen sind eher homogen: entweder sind nur Wohnungen dort oder nur Läden, Gewerbe oder Büronutzungen. Beides bedeutet, dass der Ort nur zu bestimmten Zeiten belebt, zu anderen aber weitgehend leer ist.

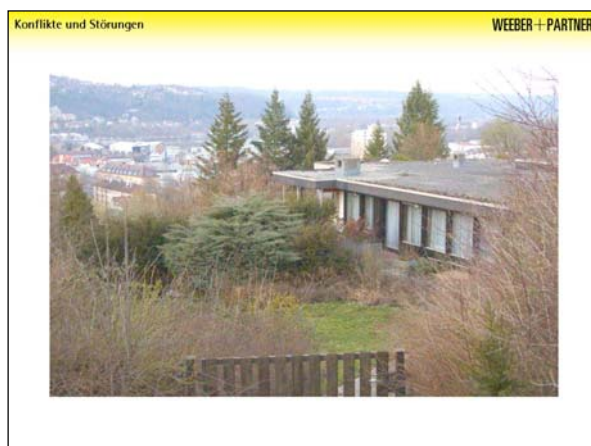
Die Nutzungen sind in großem Maßstab organisiert: man weiß somit kaum, wer dafür zuständig ist und an wen man sich – etwa wenn man Hilfe braucht – wenden könnte. Wenn die Gebäude von der Straße abgewandt sind, es keinen Kontakt zum öffentlichen Raum gibt und keine Fenster zur Straße, gibt es auch niemanden, der im Konfliktfall etwas bemerken würde.





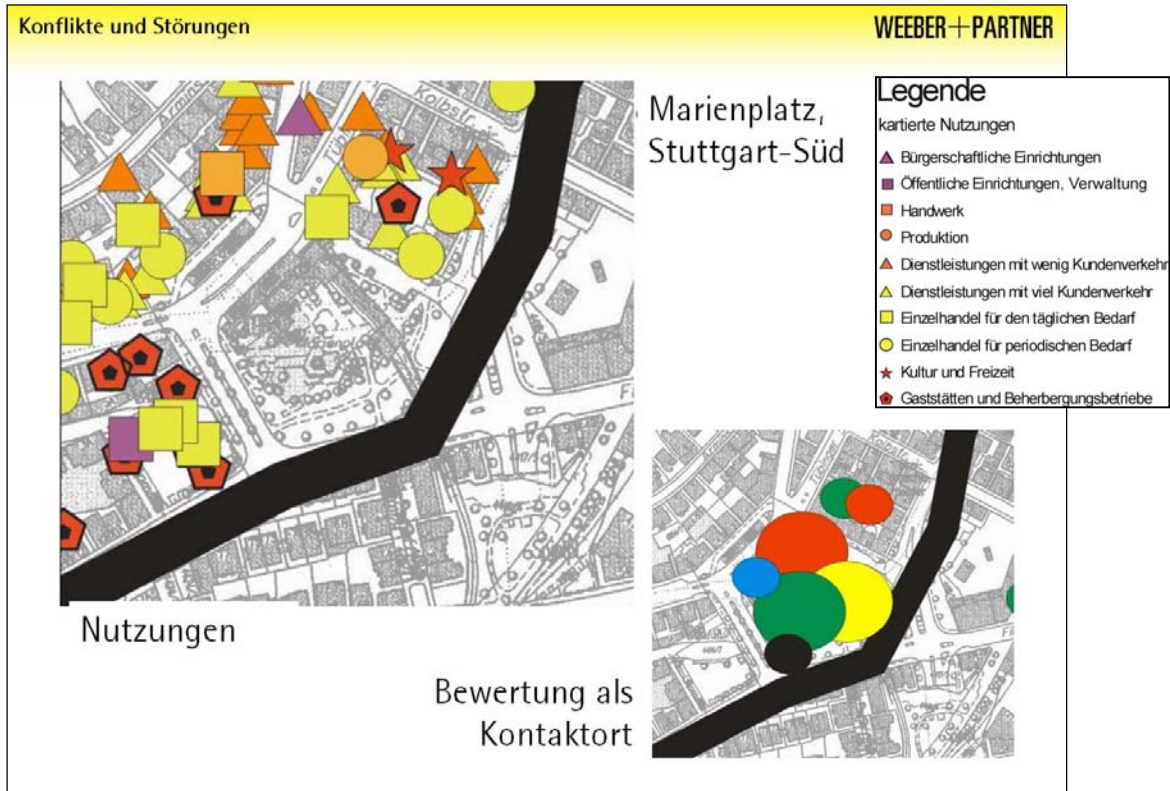
Eine Hecke schützt zwar vor Blicken, aber einen eventuellen Einbrecher sieht dann eben auch niemand.

Wo ein Raum schon vernachlässigt ist, entsteht der Eindruck, dass sich hier ja doch niemand kümmert. Zu diesem Zusammenhang gibt es ja die *Broken Windows*-Theorie: Wenn erst einmal ein Fenster demoliert ist, ist der Rest auch bald hinüber. Und wenn überall Abfall liegt, warum soll ich dann meine Hinterlassenschaften zum Papierkorb tragen (falls überhaupt einer vorhanden ist)?



Nun im Vergleich damit ein typischer "Kontaktort":

Er ist in vielfältige Wegebeziehungen eingebunden, so dass ganz viele Menschen dort im Rahmen ihrer alltäglichen Erledigungen, auf dem Weg von oder zur Arbeit oder nach Hause dort zu Fuß vorbeikommen.



Eine Voraussetzung dafür: Er ist von vielfältigen Nutzungen umgeben – es wird dort gewohnt, gearbeitet, eingekauft oder sonst etwas erledigt. Man hat also ganz unterschiedliche Gründe, ihn zu benutzen – und das zu unterschiedlichen Zeiten. So wird ein Ort als lebendig erlebt.



Die Gebäude sind dem öffentlichen Raum zugewandt und haben Fenster zur Straße – "Augen auf die Straße" hat das die amerikanische Stadtforscherin Jane Jacobs³ genannt. "Sehen und gesehen werden" ist ein wichtiger Garant für Sicherheit – ohne dass das zur organisierten sozialen Kontrolle wird.

Wenn die Bebauung in kleinerem statt in großem Maßstab organisiert ist, gibt es auch eine Vielzahl an Eigentümern – von Wohnungen, Gebäuden, Inhaber von Läden und Betrieben –, von Menschen also, die sich für ihr Umfeld verantwortlich fühlen.

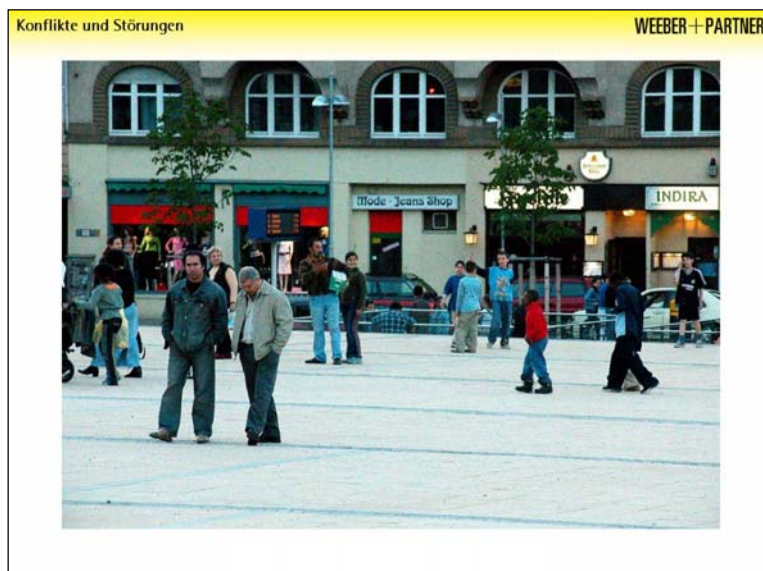
³ Jane Jacobs: The Death and Life of Great American Cities, New York, Toronto 1961



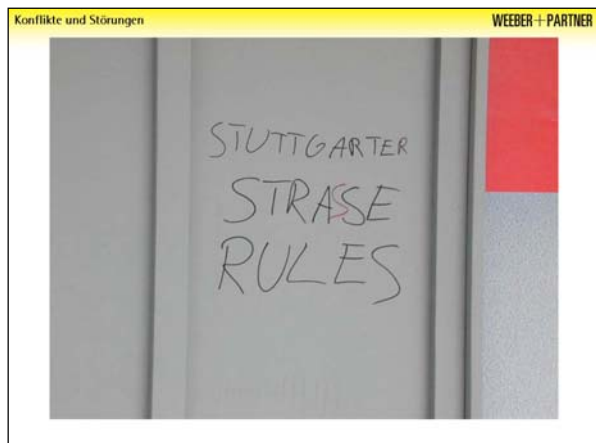
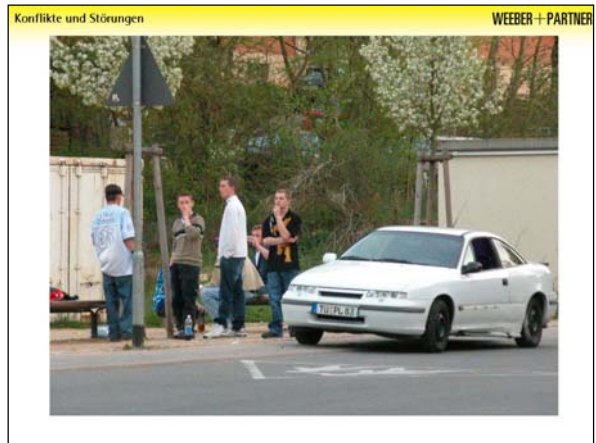
Wichtig sind nicht nur die vielfältigen Wege, um einen Ort zu durchqueren, sondern auch Anlässe zum Aufenthalt – zum Stehenbleiben, mit anderen ins Gespräch zu kommen, auf einer Bank zu sitzen...Dafür braucht es bestimmte bauliche Voraussetzungen, aber auch allgemein eine hohe Aufenthaltsqualität.

Haltestellen, Briefkästen u.a. signalisieren noch etwas anderes: dass es eine öffentliche Präsenz gibt, man nicht auf sich allein gestellt ist – man weiß etwa, dass hier regelmäßig ein Bus, eine Straßenbahn, ein Zustelldienst o.ä. vorbeikommt.

Gut funktionierende Plätze erlauben nicht nur eine einzelne, "vorgeschriebene" Aktivität, sondern eine Vielzahl möglicher Aktivitäten.



Informelle Jugendtreffs, die sich die Jugendlichen selbst suchen, haben ganz ähnliche Eigenschaften: Auch die Jugendlichen wollen mittendrin sein, sehen und gesehen werden, aber auch etwas für sich sein ("um die erste Zigarette zu rauchen"), irgendwo sitzen können, sich ihren Ort selber suchen. Vielleicht sind ja auch als destruktiv und störend erlebte Verhaltensweisen wie Graffiti, Spucken, Scratching und anderes auch Zeichen dafür, dass auch Jugendliche sich Raum aneignen, Spuren hinterlassen, ein Revier markieren – und nicht nur in spezialisierten Räumen betretet werden – wollen.



In gemischter Umgebung werden auch Nutzungen eher akzeptiert, die anderswo als Problem empfunden werden. Auf einem städtischen Platz sorgt die Inhaberin des Marktstands dafür, dass trotz der Wohnungslosen, die dort auf den Bänken gern ihr Bier trinken, der Platz auch für ein anderes Publikum anziehend bleibt.



In normalen Stadthäusern finden auch Wohnprojekte z.B. für ehemals Straffällige ein Stück Neutralität und Anonymität und fallen nicht weiter auf – anders als in einer räumlich isolierten, nach außen erkennbaren Sondereinrichtung. (Das folgende Bild ist eine Momentaufnahme während der letzten Fußball-WM, die sehr gemischte Bewohnerschaft ist sonst nach außen nicht erkennbar).



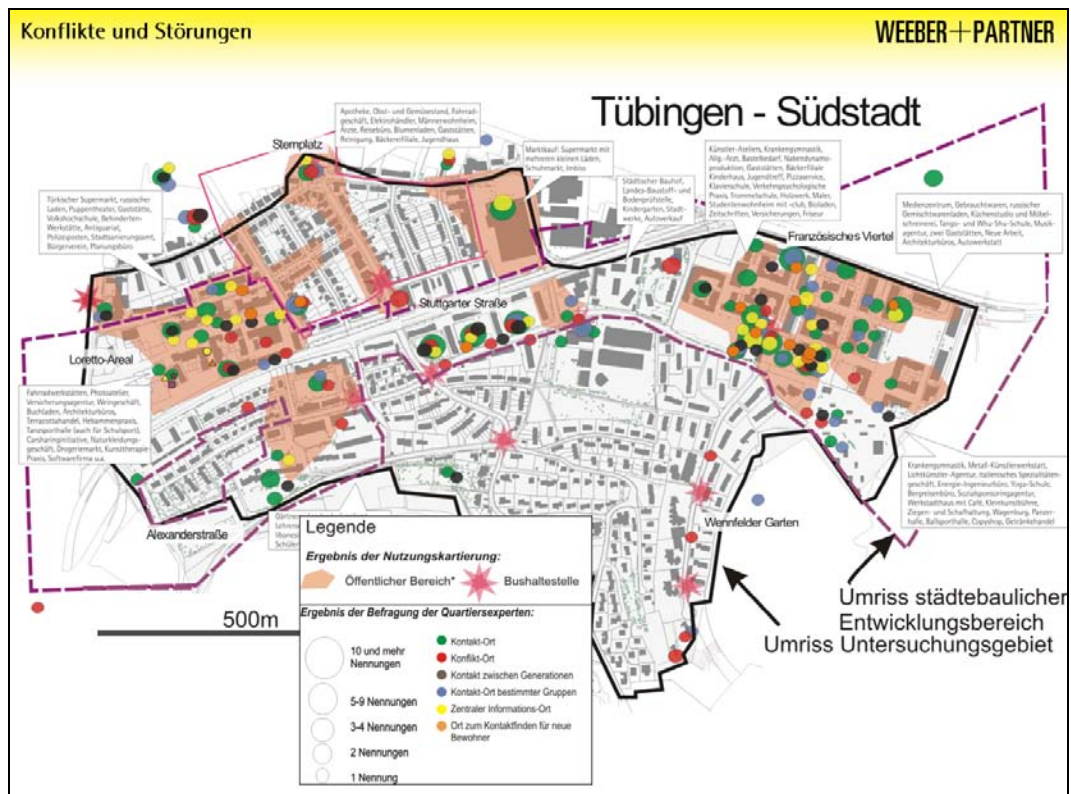
Zusammengefasst: Das Gefühl von Sicherheit ist nicht dort am größten, wo möglichst wenige Menschen sind – im Gegenteil: "Leere macht Angst". Sicherheit entsteht dort, wo Räume tatsächlich lebendig sind. Dabei geht es nicht um das, was oft von Stadtmarketing-Experten üblicherweise als Lebendigkeit verkauft wird: Freizeit und Events von der Hockete sonntags im Autohaus bis zum Open-Air-Großereignis auf dem Marktplatz, das den Anwohnern das Leben zur Hölle machen kann. Die Frage ist vielmehr, was das ganz alltäglich mit Stadtstrukturen zu tun hat.

4 Konfliktvermeidung und Konfliktbewältigung – homogene und robuste Quartiere

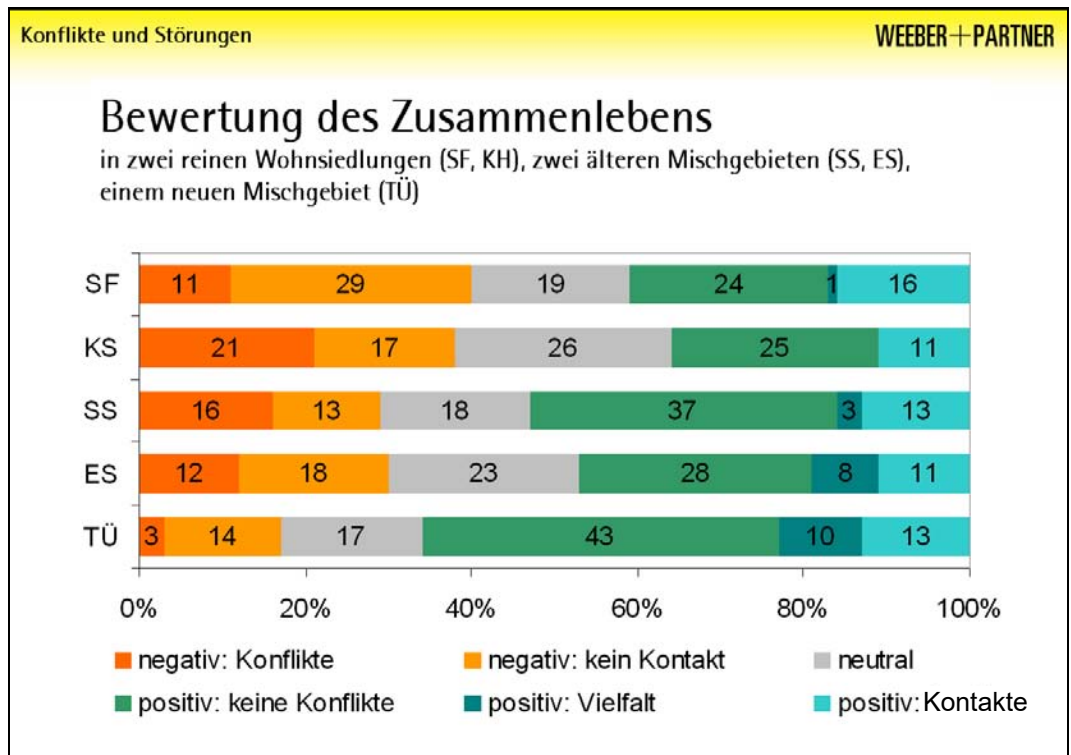
Der entscheidende Unterschied besteht zwischen Gebieten, in denen es nur eine einzige Nutzung gibt, und Stadtteilen mit vielfältiger Nutzungsmischung: Wohnen, Läden für täglichen und spezielleren Bedarf, Handwerk, Produktion, Dienstleistungen, Gastronomie, öffentliche und bürgerschaftliche Einrichtungen. Hierzu einige Ergebnisse zu Unterschieden zwischen Wohnsiedlungen und funktional gemischten Gebieten:

In Nutzungsgemischten Gebieten sind die Kontaktorte in großer Zahl und Vielfalt vorhanden und über das ganze Gebiet verteilt und hängen eng mit den vielfältigen Nutzungen zusammen; hier auftretende Konflikte werden wegen der überwiegenden Kontaktfunktion und der Nützlichkeitsvorteile der Mischung eher akzeptiert. In Wohnsiedlungen sind Kontaktorte auf wenige Stellen und Nutzungen beschränkt.

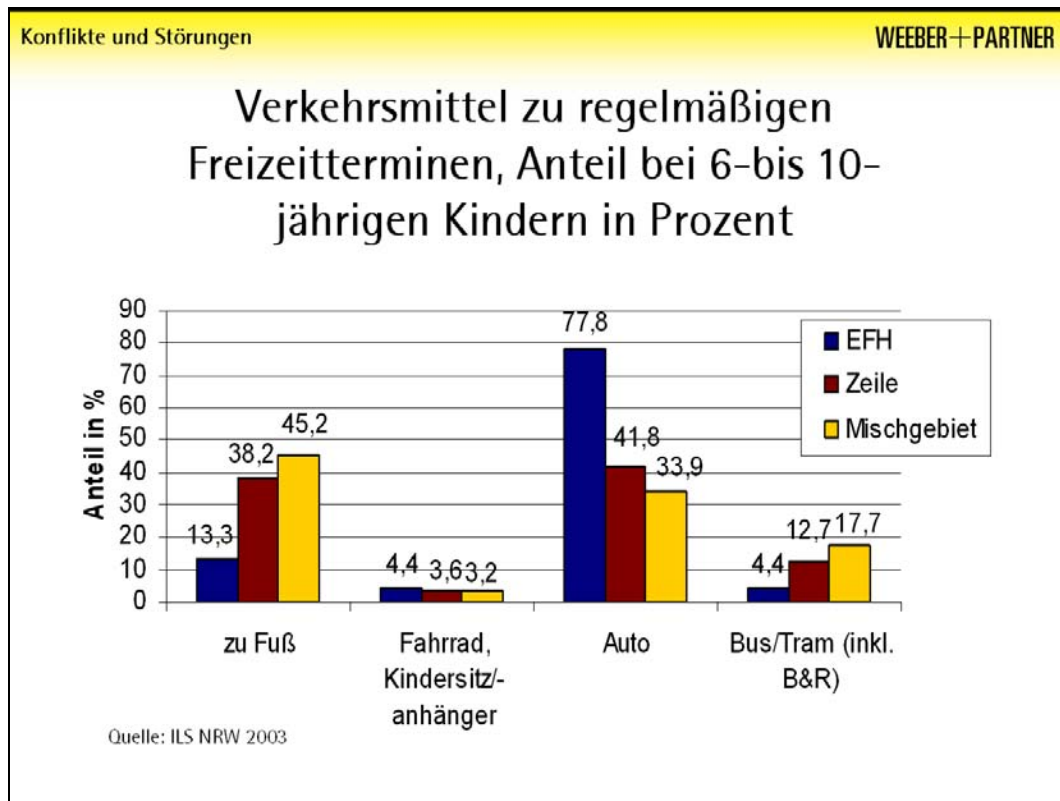
Neues Mischgebiet:



Bewohner in denutzungsgemischten Gebieten äußern sich positiver über das Zusammenleben als diejenigen in den Nur-Wohnsiedlungen – selbst bei einem sehr hohen Migrantenanteil (die beiden Wohnsiedlungen, oben in der folgenden Grafik, haben einen Migrantenanteil von rund 20 bzw. rund 12 Prozent, die beiden älteren Mischgebiete darunter gut 40 bzw. rund 32 Prozent, das neue Mischgebiet unten rund 18 Prozent). Soziale Mischung (ein oft proklamiertes Ziel) funktioniert erst, wenn außer dem Wohnungen auch noch andere Nutzungen als Katalysator vorhanden sind:



In Nutzungsgemischten Gebieten haben Kinder und Jugendliche einen größeren Handlungsspielraum – mehr Möglichkeiten, sich ohne Chauffeursdienste der Eltern selbständig im Stadtteil zu bewegen, ihn sich anzueignen – auch im Vergleich zum oft als besonders kinderfreundlich angesehenen Einfamilienhausgebiet:



Auch dies ist ein Beispiel dafür, wie der Wunsch nach Sicherheit oft zum Gegenteil führt: Viele Kinder werden mit dem Auto in Kindergarten oder Schule gefahren, damit sie nicht unter dem Auto kommen. Aber: Rund jedes zweite der im Verkehr getöteten Kinder (2002) starb im PKW, bei den unter 6-Jährigen verunglückten sogar 58 Prozent als Beifahrer im Auto.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es für ein auskömmliches Zusammenleben, den Umgang mit Fremdem und auch mit Konflikten eine ganz wesentliche Rolle spielt, ob in einem Stadtteil nur Wohnen und Wohnfolgeeinrichtungen oder auch andere vielfältige Nutzungen – insbesondere der lokal verankerten Ökonomie – vorhanden sind. Wo es eine hohe Vielfalt an Nutzungen gibt, kann man die alltäglichen Erledigungen im Zusammenhang organisieren und können auch Kinder und Jugendliche am städtischen Leben teilhaben. Wo Migranten auch Hauseigentümer, Inhaber von Geschäften (die an vielen Standorten überhaupt noch die Nahversorgung garantieren, oft mit wunderbar appetitlichen Auslagen an frischem Obst und Gemüse), von Dienstleistungs- oder anderen Betrieben sind (zunehmend geht das über das traditionelle aber wichtige Angebot der Änderungsschneider, Schuh- und Schlüsselservice hinaus), wo sie selber Kunden im eigenen Laden sind, werden sie nicht nur als fremde und manchmal anstrengende Wohnnachbarn erfahren, sondern haben die Möglichkeit zur Eigentätigkeit und Selbst-Integration. Wo ein gewisser Umtrieb und Geräuschpegel normal ist, stört man sich auch nicht gleich am Lärm von spielenden Kindern oder den Lebensäußerungen von Jugendlichen. Die schönen Projekte, die jetzt unter Namen wie "gute Fee", "Türöffner" oder "Notinsel" in verschiedenen Städten zivilgesellschaftlich organisierte Anlaufstellen für Kinder z.B. in Läden schaffen, setzen eine Vielfalt von Nutzungen geradezu voraus.

Eine nicht zu geringe *Dichte* ist die Voraussetzung auch für die Dichte der Kontakte, z.B. die Chance, als Kind oder Jugendliche ausreichend Gleichaltrige zu finden, aber auch für die Tragfähigkeit von Nahversorgung, öffentlichem Nahverkehr und vielen Infrastruktureinrichtungen. Eine eher *kleinteilige Bebauung* sorgt dafür, dass Eigentum an Wohnen und Gewerbe für viele erschwinglich ist – die im Quartier verwurzelten Eigentümer sind ja ein wichtiger Garant für Aufmerksamkeit und Sicherheit. Sie sorgt auch für Kurzweiligkeit von Wegen – nur dann legt man auch gerne Wege zu Fuß zurück; nur wo der *öffentliche Raum* eine hohe Aufenthaltsqualität hat, hält man sich auch gerne dort auf, nur wo eine Vielfalt an multifunktionalen Plätzen vorhanden ist, kommt man sich nicht über Gebühr ins Gehege.

Nutzungen bilden ein Scharnier zwischen Städtebau und sozialem Handeln. Städtebau ist ja im eigentlichen Sinne die Verteilung von Nutzungen im Raum. Durch die Art der Bebauung werden bestimmte Optionen eröffnet oder andererseits verhindert.

Eine Vielfalt an Optionen ist auch die Basis für zivilgesellschaftliches Handeln. Wie kann es gelingen, dass Menschen sich für ihren Stadtteil engagieren und nicht einfach alles an "die Stadt" oder "den Staat" delegieren? Wie ist das auch unter schwierigen Bedingungen möglich? Das Prinzip der Subsidiarität meint ja, dass Probleme so ortsnah und selbstorganisiert wie möglich angegangen werden sollen und die nächst höhere Ebene – oder "der Staat" – nur dort handelt, wo es nötig ist. Einige Beispiele möchte ich im folgenden vorstellen.

5 Praxisbeispiele

Die Bilder, die ich am Anfang gezeigt habe, wurden nicht von einem Profifotografen gemacht oder einem professionellen Stadtkritiker. Sondern von einem Jugendlichen aus dem Stadtteil selbst, der sich von der Entwicklung des Stadtteils, dessen Vernachlässigung zutiefst getroffen fühlt. Er besucht übrigens eine Klasse, die sich speziell den Schülerinnen und Schülern zuwendet, die sonst in keiner Schule mehr tragbar erscheinen. Mit den Foto hat er auch eine sinnvolle Tätigkeit, Anerkennung für seine Begabung erfahren – sie sind von den Schülern als Bestandteil einer Plakatserie "gegen Gewalt" (!) gedacht.

Dies zeigt zum einen die Bedeutung guter Schulen, die man – wie in diesem Fall – gar nicht genug würdigen kann. Es zeigt auch, wie dringend es ist, die Probleme in benachteiligten Stadtteilen anzugehen und die Lebenschancen und Lebensbedingungen dort entscheidend zu verbessern – genau dies ist auch in Aalen im Gang. Mit diesen Zielsetzungen ist das "Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" entstanden, das 1999 aufgelegt wurde. Es ist für benachteiligte Stadtteile gedacht, in denen sich soziale, ökonomische, ökologische und städtebauliche Probleme konzentrieren.

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ Um welche Stadt- und Ortsteile geht es?

- Innerstädtische oder innenstadtnahe (oft gründerzeitliche) Quartiere in benachteiligten Regionen mit nicht modernisierter Bausubstanz und deutlich unterdurchschnittlicher Umweltqualität
- Große Wohnsiedlungen aus der Nachkriegszeit und Wohnsiedlungen der abgezogenen Streitkräfte mit wenig individueller Architektur, fehlender Nutzungsmischung und unzureichender sozialer Infrastruktur

Das Besondere an diesem Programm:

Der Ansatz des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“

- Soziales als Thema und Ziel eines Städtebauförderungsprogrammes
- Verbindung investiver und nicht-investiver Maßnahmen
- fach- und ressortübergreifender Ansatz: integriertes Handlungskonzept
- Ressourcenbündelung
- Ziel: selbsttragende Entwicklung – Ansetzen an Potenzialen statt (nur) an Problemen und Defiziten
- aktive Rolle der Menschen im Stadtteil
- geteilte Verantwortung
öffentliche Hand – private Wirtschaft – Bürgerschaft

Soziales ist Ziel und Thema eines Städtebauförderungsprogramms. Dies nimmt nicht nur investive – bauliche – Maßnahmen in den Blick, sondern auch Handeln in anderen Handlungsfeldern: Im Mittelpunkt steht die Entwicklung eines integrierten Handlungskonzepts. Auf seine Umsetzung sollen alle verfügbaren Ressourcen konzentriert werden. Dabei setzt man nicht nur an Problemen und Defiziten an, sondern sucht auch nach den Potenzialen in einem Stadtteil: alle Akteure – Verwaltung und Politik, private Wirtschaft, Bürgerschaft – sollen an der Verbesserung aktiv zusammenwirken. Sicherheit ist dabei eines des Handlungsfelder und ein integrierter Bestandteil.

Konflikte und Störungen WEBER+PARTNER

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ Aufgabenstellung: Worum geht es?

```

    graph TD
      A[Arbeit und Soziales] --- C[Städtebau: „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“]
      B[Wirtschaft] --- C
      D[Familie und Jugend] --- C
      E[Umwelt] --- C
      F[Verkehr] --- C
      G[Wohnungsbau] --- C
      H[Bildung, Kultur, Freizeit] --- C
      I[Sicherheit] --- C
  
```

Verzahnung unterschiedlicher Politikfelder, aus: Döhne / Walter

Die ersten zwei Beispiele kommen aus unserer Praxis in Gebieten der Sozialen Stadt. Beide haben die typischen Probleme: sehr wenig Freiraum für Kinder und Jugendliche, überwiegend schlechte Wohnverhältnisse, meist sehr beengte Wohnungen, ein hoher Anteil von Migranten und Haushalten mit wenig Geld.

Ludwigsburg Eglosheim

Am Beispiel von Ludwigsburg-Eglosheim möchte ich zeigen, was mit viel Bürgerbeteiligung entstanden ist:

Konflikte und Störungen WEBER+PARTNER

Soziale Stadt Ludwigsburg-Eglosheim: Mit Bürgerbeteiligung zum integrierten Handlungskonzept

- Auftaktveranstaltung
- Stadtteilspaziergänge
- Telefoninterviews
- 2 Zukunftswerkstätten
- Befragung von Schlüsselpersonen
- Bepunktungsaktionen
- Blitzbefragungen

Am Anfang stand eine große Auftaktveranstaltung, in Stadtteilspaziergängen nahmen wir dann gemeinsam mit Leuten aus dem Stadtteil – von ganz kleinen bis ganz alten – den Stadtteil unter die Lupe. Telefoninterviews, Blitzbefragungen und Bepunktungsaktionen halfen, die Probleme und Handlungsmöglichkeiten genauer zu klären. Ganz wichtig waren zwei Zukunftswerkstätten, an denen auch Jugendliche teilnahmen. So entstand ein umfassendes Integriertes Handlungskonzept: Zu ihm gehören zum einen investive Maßnahmen – der Neubau des Jugendcafés, ein Wohn- und Geschäftshaus mit Lebensmittel-Vollsortimenter, Sanierungen von Häusern und Neubauten auch für differenzierte Ansprüche. Aus den anderen Handlungsfeldern möchte ich nur den Ausschnitt Bürgermitwirkung und Stadtteilleben zeigen:

Im Infozentrum finden Interessierte aus dem Stadtteil eine Anlaufstelle und viele Arbeitskreise und Beratungsaktivitäten ihren Raum. Im Erzählcafé tauschen sich Alt- und Neu-Eglosheimer/innen über ihren Alltag aus – Themen wie Feste und Feiern, Arbeiten und Wohnen, Schule. Aus der zweiten Zukunftswerkstatt, der "Projektwerkstatt", sind als bürgergetragene Projekte entstanden:

- ▶ ein Tauschring, der es ermöglicht, Fähigkeiten und Talente für einander nutzbar zu machen,
- ▶ ein Quartiermeisterteam, das sich bürgerschaftlich um das Zusammenleben und auch Konflikte in einem Wohnquartier kümmert,
- ▶ ein Redaktionsteam, das als erstes die vielfältigen Aktivitäten in Eglosheim zusammenstellte, die bisher gar nicht allgemein bekannt waren.

An der Planung für einen bestehenden Platz, der umgebaut werden soll, waren Kindergärten, Schulen, Jugendliche und Bewohner beteiligt, hier ein Bild vom Planungsworkshop:



Mit dem neuen Programm LOS ist es gelungen, eine große Vielzahl von Projekten zu initiieren und zu finanzieren, für die es bisher keine Möglichkeiten gab:



Konflikte und Störungen WEEBER+PARTNER

Mittelbündelung

"Lokales Kapital für soziale Zwecke" (LOS)
 Gefördert durch die EU - Europäischer Sozialfonds Ziel 3 - und das BMFSFJ

Ziele: Aktivierung sozialer Potenziale vor Ort, um

- die Integration von Migrant/inn/en zu verbessern,
- die berufliche Eingliederung zu fördern,
- Netzwerke für Benachteiligte auf dem Arbeitsmarkt aufzubauen und
- Existenzgründungen und den Aufbau sozialer Betriebe zu unterstützen.

Konflikte und Störungen WEEBER+PARTNER

LOS-Mikroprojekte Eglosheim

- Weiterbildung von Migrantinnen – Sprach- und Integrationskurse
- Kick it like Ballack – WIR sind stark!
- Qualifizierung von arbeitslosen Frauen im Projekt "Mittagstisch für Eglosheim"
- Coaching von arbeitslosen Menschen, die an verschiedenen Qualifizierungsprojekten teilnehmen
- WenDo-Trainingskurse für Mädchen
- Hip ohne Markenklamotten – Jugendliche lernen, ihre eigenen Outfits zu entwerfen und zu schneiden
- Seminar für russisch sprechende Migrantinnen
- Supervision für das Quartiermeisterteam
- Klippen gemeinsam überwinden
- Seminar über die Hintergründe der Migration, Dialog zwischen Einheimischen und Türkinnen und Türken
- Naturlehrpfad Riedgraben
- Ehrenamtlicher Dolmetscherdienst
- Folklore-Kurs für Kinder von einer Migrantin
- Wege zur Arbeit
- Job-Net(t)
- Berufe-live
- Peer Education – Über Sexualität Bescheid wissen und informieren
- Jugendliche gestalten Freizeit-/Ferienprogramm

Insgesamt hat sich durch das Projekt "Soziale Stadt" nicht nur das Infrastruktur- und Wohnungsangebot verbessert und das Engagement für den Stadtteil und die Identifikation mit ihm multipliziert. Auch die Polizei bemerkt entscheidende Veränderungen.

Open Space, Ulm



Das Projekt "Open Space" – als eines von mehreren im Programm "Soziale Stadt" in der Ulmer Weststadt – richtet sich an die jungen Teenies etwa im Alter von 10 bis 14 Jahren: der Kindheit mit den typischen Spielen entwachsen und noch auf der Suche nach Interessen und Identität als Jugendliche, fallen sie oft in ein "Loch" und wissen nichts mit sich anzufangen, es gibt kaum passende Treffpunkte und Spielmöglichkeiten. Etliche junge Heranwachsende haben sich den verschiedenen Jugendcliquen in der Weststadt angeschlossen, die regelmäßig durch Belästigungen und andere Regelverstöße auffallen.

Für diese Gruppe bietet das Projekt "Open Space" Spiel und Sport an wechselnden öffentlichen Standorten in der Weststadt. Jeder kann kommen und mitmachen. Durch das Prinzip "gleicher Ort, gleiche Zeit, gleiche Teamer" sollen verschiedene informelle offene Treffpunkte entstehen.

Angebote sind z.B. Boules-Spielen wie in Frankreich, Spiel und Spaß mit dem Bollerwagen, Sport-Mitmachangebote für Mädchen, Kegeln und Taekwondo. Die Teamer sind "Übungsleiter" und Ansprechpartner für die Kinder. Sie kommen aus Sportvereinen, Jugendarbeit, Polizei, Kirchen, Schulen usw., dem ganzen breiten Netzwerk in der Weststadt. Sehr erwünscht ist auch das Engagement von "Privatpersonen", Erwachsenen und Jugendlichen, die keiner Organisation angehören.

Auf diese Weise können die Teenies

- ▶ Spaß und Interesse an Spiel und Sport entwickeln, ihre Neigungen und Talente erkennen, mehr Selbstvertrauen gewinnen,
- ▶ stärker an die Angebote von Sportvereinen, Kirchen und Jugendarbeit herangeführt werden und auch außerhalb von Schule und Familie feste Bezugspersonen finden,

- ▶ aus der Nachbarschaft auch über kulturelle Grenzen hinweg stärker zusammenfinden, ihre Freizeit gemeinsam organisieren, Spannungen friedlich beilegen, ohne Gewalt und Zerstörungen.

Kinder und Jugendliche sollen also nicht aus dem öffentlichen Raum verbannt, nicht zwanghaft "von der Straße geholt" werden, sondern ihr Wunsch, präsent und sichtbar zu sein, wird anerkannt: Der Raum des Stadtteils ist für sie offen, ein "Open Space". Sichtbare Schilder an verschiedenen Orten signalisieren, dass sie hier ausdrücklich willkommen sind. Die Sorge um die junge Generation wird nicht ausschließlich an professionelle pädagogische Betreuer delegiert, sondern ist eine Sache, für die der ganze Stadtteil zuständig ist. Die Polizei schreitet nicht erst dann ein, wenn es zu Gewalt- und Straftaten gekommen ist, sondern tritt öffentlich als Partner der Kinder und Jugendlichen in Erscheinung, eine Polizei "zum Anfassen".

Entwickelt wurde das Projekt von der AG West e.V., Verein für Jugendhilfe und Gemeinwesenarbeit im Ulmer Westen, unterstützt vom Arbeitskreis Sicherheit Weststadt, dem Stadtteil Forum West und dem Quartiersmanagement Weststadt (Programm "Soziale Stadt") in Kooperation mit der Kriminalpolizei Ulm, deutschen und türkischen Sportvereinen, Schulen und Jugendeinrichtungen und Kirchengemeinden aus der Weststadt. Durch die Förderung des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg, der Ulmer Bürgerstiftung und der Jugendstiftung der Sparkasse Ulm konnte eine auf ein Jahr befristete halbe Stelle zur Planung, Aufbau, Öffentlichkeitsarbeit und Durchführung eingerichtet werden, die in der Clubverwaltung des im Stadtteil ansässigen Eisenbahner-Sport-Clubs Ulm angesiedelt wurde. Durch die wissenschaftliche Begleitung (die wir im Auftrag des LKA durchgeführt haben) konnte gezeigt werden, was dieses Projekt im einzelnen tatsächlich bewirkt hat.

Tübingen Südstadt- Städtebaulicher Entwicklungsbereich Stuttgarter Straße/Französisches Viertel

Nach zwei Projekten der Sozialen Stadt nun ein Beispiel für die Planung und Realisierung eines neuen Stadtteils auf dem Gelände der ehemaligen französischen Garnison. Die Stadt hat sich von vornherein entschlossen, hier ein Quartier mit tatsächlich städtischen urbanen Qualitäten – eine "Stadt der kurzen Wege" – zu entwickeln und das Gebiet als Städtebaulichen Entwicklungsbereich auszuweisen. Dies ermöglicht ihr, die Gelände zum Ursprungswert zu erwerben, sie nach der Planung weiterzuveräußern und aus den Planungsgewinnen, die üblicherweise nur Privaten zugute kommen, einen Großteil der Infrastruktur zu finanzieren. Wesentliche Bestandteile des Konzepts sind:

- ▶ eine konsequente Nutzungsmischung – bei den Neubauten steht das Erdgeschoss grundsätzlich für gewerbliche Nutzungen zur Verfügung,
- ▶ eine relativ dichte Bebauung,
- ▶ ein öffentlicher Raum, der vorrangig dem Aufenthalt, dem Alltag und dem notwendigen Wirtschaftsverkehr dient,
- ▶ eine kleinmaßstäbliche Parzellierung, die für Vielfalt und – in Verbindung mit mehrgeschossiger Bauweise – für erschwingliche Grundstücke sorgt,
- ▶ der Erhalt auch von Altbauten, die für vielfältige wirtschaftliche, kulturelle und sportliche Aktivitäten wichtig sind und dem Stadtteil von vornherein Identität geben,

- ▶ die Veräußerung der Grundstücke und Altbauten in der Regel direkt an die Nutzer – zu einem großen Teil Baugruppen – , die sehr weitgehende Möglichkeiten haben, die Gebäude nach ihren Bedürfnissen zu planen.

Der Stadtteil wird also ganz überwiegend von den Menschen selbst gebaut, die in ihren Stadtteil investieren: nicht nur in Wohnungen, sondern auch in Gewerbe und kulturelle und soziale Infrastruktur – von Kindereinrichtungen über eine Tanz- und Sporthalle bis zum privaten Vorstadttheater, ganz etwas anderes als die "Wohnfolgeeinrichtungen", die in einer Wohnsiedlung auch zeitlich dem Wohnen folgen. Zu den Einrichtungen, die ganz früh hier Platz fanden, gehörten eine Stadteilschule, die mit ihrem begeisternden Konzept als Kristallisationspunkt wirkt – und auch ein Polizeiposten: nicht in einem abgeschotteten Bereich, sondern mitten in einem Gebäude, das gemischt genutzt wird, mit Wohnungen (auch für Ältere), in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Wohn- und Geschäftshäusern, einem Projekt der Werkstatt für Behinderte, Jugendhaus, Volkshochschule, Schul- und Tanzsporthalle und dem auch gemischt genutzten Gebäude des Stadtsanierungsamts.

Festgehalten sind die Planungsgrundsätze in einem von der Stadt entwickelten fachübergreifend angelegten, in einem umfassenden Beteiligungsverfahren breit diskutierten Städtebaulichen Rahmenplan – auch die Polizei war an der Diskussion beteiligt. Sicherheit ist hierbei kein isoliertes Thema, sondern ein integriertes Ziel:

"Alle öffentlichen Straßen sollen räumlich eine große Vielfalt aufweisen und als 'öffentliche Räume' ... in das Alltagsleben der Bevölkerung einbezogen werden. Dadurch kann zugleich die Sicherheit auf der Straße (z.B. für Kinder und Frauen) erhöht werden. Hierfür ist es unerlässlich, dass möglichst viele der angrenzenden privaten Nutzungen sich auch 'auf die Straße' orientieren und von der Straße aus miterlebt werden können (Schaufenster, Gucklöcher, kleine Balkone an Wohnungen...)...Das Entwicklungskonzept geht davon aus, dass die Auto-Fahrenden in der Regel zu einem geparkten Wagen mindestens so weit zu Fuß gehen, wie dies die Benutzer des ÖPNV auch tun. Dies hat zur Folge, dass die Straßen innerhalb der Stadtquartiere wieder zu belebten Straßenräumen werden"⁴.

Dass es tatsächlich gelungen ist, hier ein lebendiges und robustes Stadtquartier entstehen zu lassen, zeigen nicht nur die vielen Städtebaupreise, die das Projekt mittlerweile erhalten hat, sondern auch einige Fotos aus dem Alltag. Leider ist das Projekt vor Ort und über die Stadt hinaus bisher ohne Nachfolger geblieben.



⁴ Stadt Tübingen: Städtebaulicher Rahmenplan "Stuttgarter Straße/Französisches Viertel", Tübingen 1994, S. 9

Konflikte und Störungen

WEEBER + PARTNER



Konflikte und Störungen

WEEBER + PARTNER



Konflikte und Störungen

WEEBER + PARTNER



Konflikte und Störungen

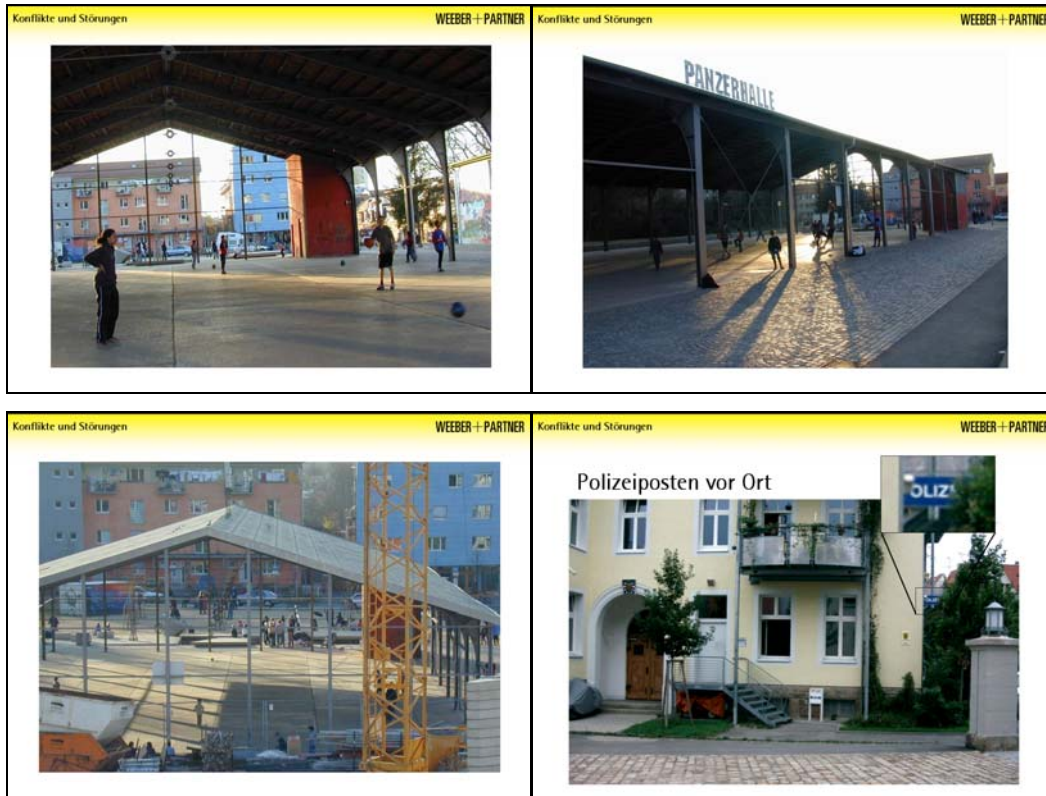
WEEBER + PARTNER



Konflikte und Störungen

WEEBER + PARTNER





6 Fazit

Mein Fazit ist für die kommunale Kriminalprävention eine ernüchternde und eine ermunternde Botschaft. Die ernüchternde: Sicherheit lässt sich nicht einfach herstellen – es gibt keine einfachen Rezepte und Kausalbeziehungen. Sie ist, wenn sie nicht Ausschluss und allgegenwärtige Überwachung produzieren soll, immer nur ein Nebenprodukt – von vielfältigen Stadtstrukturen, urbanem Leben, der Alltagsorganisation von Menschen, die Grund haben, ihrem Quartier Aufmerksamkeit zu schenken.

Die ermutigende Botschaft: Es gibt viele potenzielle Bündnispartner. Als Bestandteil integrierter Stadtteilentwicklung hängt das Thema mit praktisch allen anderen zusammen: Mit Städtebau, sozialer Infrastruktur, Schule, Kultur, lokaler Ökonomie und städtischen Finanzen. Wichtig sind dabei die Verantwortlichkeiten: Was können die Bürgerinnen und Bürger selber tun, was die private Wirtschaft, wo ist "der Staat", die Polizei gefordert? "Die Stadt" sind schließlich nicht "die da oben", sondern alle zusammen sind die Stadt.

Dabei geht es zum einen – auf der Mikroebene – darum, genau hinzuschauen, nach lebensweltlichen Qualitäten konkreter Orte und Plätze zu fragen: z.B. Wer hält sich hier auf, wann, warum? Wer kommt hier vorbei, auf welchen Wegen, aus welchem Anlass? Wer würde es hören und wer würde was tun, wenn jemand um Hilfe ruft? Wer kümmert sich darum?

Zum anderen geht es um grundlegende Fragen der Stadtplanung. Schon durch die planungsrechtliche Ausweisung eines Gebiets – als reines oder als allgemeines Wohngebiet oder als Mischgebiet – wird festgelegt, was dort an Nutzungen zulässig ist: nur Wohnen und Wohnfolgeeinrichtungen (für Bewohner) oder auch andere Nutzungen?

Nachträglich Fehlentwicklungen zu korrigieren und eine einmal begonnene "Abwärtsspirale" (wie es im Programm "Soziale Stadt" heißt) umzukehren, ist ungeheuer schwierig. Nicht immer gelingt das so wie in den vorgestellten Beispielen, und an man-

chen Orten sind die Bedingungen schon fast aussichtslos geworden. Diese Entwicklung ist auch das Resultat davon, dass die gesellschaftlich notwendigen Integrationsleistungen bis heute nur von einem geringen Teil aller Stadtteile erbracht werden, während andere sie von sich ferngehalten haben. Selbst für das Programm soziale Stadt werden nicht immer die Stadtteile mit dem höchsten Anteil z.B. an Migranten angemeldet, sondern solche, in denen schon immer alles anderswo Unerwünschte untergebracht wurde, oder auch Stadtteile, in denen schon ein geringerer Ausländeranteil oder eine Anzahl an Sozialwohnungen als Problem empfunden wird – ein großer Teil davon reine Wohnsiedlungen.

Eine Option lautet daher: Immer erst da tätig werden, wo die Probleme sich schon zuge-spitzt haben – oder Stadtentwicklung von vornherein ganz anders gehen? Dies heißt, bei Stadtplanung und Stadtentwicklung *grundsätzlich* nach den sozialen Implikationen und Auswirkungen zu fragen – und zwar nicht nur bei Gebieten des öffentlichen Wohnungsbaus (sofern diese heute noch finanzierbar sind), sondern auch bei ganz anderen Planungen: von der Einfamilienhaus- und Reihenhaussiedlung bis zum Einkaufszentrum, Gewer-bepark oder Behördenzentrum. Was tragen sie bei zur "Sozialen Stadt"? Und müssen wir uns nicht zu allererst um die noch funktionierenden innerstädtischen gemischten Gebiete kümmern, die oft unbeachtet die wichtigen Integrationsleistungen erbringen, statt den Auszug aus ihnen zu fördern auch durch Neubausiedlungen "auf der grünen Wiese", deren Ausweisung auch aus demografischen Gründen mehr als fragwürdig ist?

Die zweite Option ist nämlich: spezialisierte Monostrukturen und Monokulturen schaffen – oder Strukturen, die robust und konfliktfähig sind. Die ersteren können Konflikte und Störungen vielleicht mit einigem Aufwand vermeiden. Sie externalisieren damit aber auch Folgen, in dem sie die ganzen Integrationsaufgaben und ihre Kosten anderen überlassen. Die wesentliche Frage ist daher nicht die nach der Möglichkeit von Störungsvermeidung – sondern die Frage: Unter welchen Bedingungen, in welchen Stadtstrukturen ist Konflikt-fähigkeit am ehesten möglich?

Umgang nicht nur mit Seinesgleichen, nicht nur in homogenen Milieus, sondern Umgang mit Heterogenität, mit Differenz: Städtische Lebendigkeit ist überhaupt nur so zu denken – im Kontakt mit ganz realen Menschen statt nur mit Events und Inszenierungen. Dazu abschließend noch einmal Jane Jacobs:

"Dass allein der Anblick von Menschen wieder andere anzieht, ist für Stadtplaner und Städtebauer anscheinend etwas Unbegreifliches. Sie gehen von der Voraussetzung aus, dass Stadtmenschen den Anblick von Leere, überschaubarer Ordnung und Ruhe suchen. Nichts ist weniger wahr. Überall in allen Städten erweisen sich die Menschen als begeisterte Beobachter lebendigen Betriebs und anderer Menschen"⁵.

Konflikte und Störungen gehören ganz selbstverständlich zur Stadt. Aller Voraussicht nach wird Heterogenität in den kommenden Jahrzehnten verstärkt die Gesellschaft kennzeichnen. Damit wird es noch mehr als bisher zur entscheidenden Frage, wie Menschen unterschiedlicher Herkunft, in unterschiedlichen Lebenslagen, mit unterschiedlichen Lebensstilen und Wertvorstellungen mit einander zurecht kommen. Der Umgang mit Differenz, mit Unsicherheit und Komplexität wird für die einzelnen Stadtbürgerinnen und Stadtbürger zu einem wesentlichen Baustein urbaner Bildung. Und für die Stadtentwicklung heißt das als fachübergreifende Aufgabe, stadträumliche Voraussetzungen zu schaffen, die es ermöglichen, Fremdheit ebenso wie Konflikte in produktiver oder zumindest nicht ausgrenzender Weise zu bewältigen.

⁵ s. Fußnote 3, S. 37 (Übers. GS)